

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt.

Er erscheint an jedem Sonntag, Festtagen und an Feiertagen. Die Abonnenten erhalten das Blatt auch an den Tagen, an denen es nicht erscheint.

Bezugspreis im Voraus A 1.80  
einzel. Lieferungen, Abz. Nr. 10  
Bezugspreis f. Anzeigen: Die einseitige Zeile auf gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 12 Goldmarken, Resten 6 Goldmarken, Familienanzeigen 10 Goldmarken. Bei längerer Werbung und Anzeigen in der Nacht 50% Zuschlag.

Gründet 1888

Verantwortl. Red. u. Verw. v. H. M. Lohr (Herrn Lohr, Nagold)

Verantwortl. Red. u. Verw. v. H. M. Lohr (Herrn Lohr, Nagold)

Telegraphische Adressen: Nagold, Nagold, Nagold

Telegraphische Adressen: Nagold, Nagold, Nagold

Nr. 49

Mittwoch den 27. Februar 1924

98. Jahrgang

## Tagespiegel

Für die „Große Aussprache“ im Reichstag sind 18 Parteien vorgemerkt. Die Aussprache wird mindestens die laufende Woche in Anspruch nehmen. Bei der Sozialdemokratie soll eine Kompromisslösung bestehen.

In Reichstagskreisen wird es bemerkt, daß das Zentrum als Hauptredner den Abg. Joss vorschlägt. Joss ist derjenige Abgeordnete, der kürzlich von dem Abg. Dr. Wirth in einem Brief aufgefordert wurde, das Zentrum „auf eine vollständige Grundlage“ zu stellen.

Das deutsch-englische Abkommen, wonach die Ausfuhrabgabe für deutsche Waren von 20 auf 5 Prozent des Wertes herabgesetzt wird, ist bereits unterzeichnet worden.

In Hull (England) sind 4000 Eisenbahner in den Ausstand getreten.

Die Verkehrsverwaltung der englischen Hafenarbeiter hat die Vorschläge der Arbeitgeber angenommen. Die Arbeit wurde am Dienstag wieder aufgenommen.

Die Konferenz zur Flottenverkleinerung in Rom ist geschlossen. Die Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Staaten wurden häufig größer. Spanien ist aus der Konferenz bereits ausgestiegen.

## Kreditnot und Kapitalneubildung

Das deutsche Volk ist heute dank der jahrelangen Politik der Kapitalvernichtung auf einem finanziellen Trümmerhaufen. Nachdem sich die Papiergeldmassen der Inflation bezogen haben, kann man jetzt allmählich die Folgen dieses Wahnsinns „Geld-Flut“ überblicken. Grundlegend ist die Kreditnot. Ihrer Herr zu werden, muß jedes Mittel angewandt werden, das uns über den ökonomischen Abgrund bringt. Ueber diesen Abgrund ist jetzt die Deutsche Rentenmark geschlagen, eine Notbremse jedoch, die jede zu schwere Belastung am Einsturz bringen kann.

Kapitalneubildung und Kreditüberwindung gehören zusammen. In erster Linie muß jedes Volk sein Kapital ersparen, das es für seine Wirtschaft gebraucht. Auslandsanleihen sind nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und für ganz bestimmte Zwecke zu gebrauchen und — zu haben! Das bekannte Buch von Dr. Kurt Helfferich (damals Direktor der Deutschen Bank) über „Deutschlands Volkswirtschaft 1888 bis 1913“, das in erster Auflage im September 1913 erschienen ist, bringt im dritten Abschnitt eine Darstellung des deutschen Volkswirtschaftens und Volkswirtschaftens. Das jährliche Gesamteinkommen des deutschen Volks beträgt Helfferich auf etwa 43 Milliarden Mark, und zwar nach dem Ergebnis der Einkommensteuer-Einschätzungen. Noch wichtiger aber sind seine Berechnungen über den Jahreszuwachs des deutschen Volkswirtschaftens. In den letzten sieben Jahren des Zeitraums, den Helfferich seiner Betrachtung zugrunde legt, war der durchschnittliche Zuwachs an neuen Vermögen annähernd 3 Milliarden Mark. Die Ruhhaben bei den deutschen Kreditinstituten zeigten einen durchschnittlichen Jahreszuwachs von etwa 400 Millionen Mark. Die deutschen Sparkassen hatten eine Vermehrung ihrer Einlagen um 600 Millionen Mark im Jahresdurchschnitt aufzuweisen, das Vermögen der Arbeiterversicherung und die Prämienreserven der Lebensversicherungen wuchs um mindestens 500 Millionen Mark jährlich. Allein daraus ergibt sich eine Kapitalneubildung von mehr als 5 Milliarden Mark jährlich. Nach der Berechnung der Ergänzungsteuer aber konnte man einen durchschnittlichen Jahreszuwachs der Vermögen von 6 Milliarden Mark feststellen, nach anderen Berechnungen sogar, wenn man den Wertzuwachs zugrunde legte, einen Zuwachs von 8 bis 10 Milliarden Mark. Das würden rund 20 Prozent der jährlichen Einkommen des Volkes gewesen sein. Nehmen wir aber nur die offensichtlichsten Zahlen der jährlichen Einkommen, der Zunahme der Bankvermögen, der Sparkasseneinlagen und bei der Versicherung, so ist mit einer Ertragsrate von 12 bis 15 Prozent aus den Einkommen zu rechnen gewesen.

Aus einer Darstellung der Dresdner Bank vom Jahre 1914 geht hervor, daß wir Ende 1912 einen Reichtum von 25 Milliarden schwebelähiger Werte an der Berliner Börse hatten, und daß wir damals einen Hypothekerkredit in Höhe von 33 Milliarden Mark hatten, der von Landbesitzern, Hypothekendarlehen, Sparkassen und Versicherungsgesellschaften gewährt war. In diesem Hypothekerkredit trafen dann noch die privaten Hypotheken etwa in derselben Höhe. Von den sämtlich niederen Kapiteln an der Berliner Börse waren nur weniger als 31 Milliarden Staats- und Gemeindefonds. Im ganzen wird man mit einem Betrag von 100 Milliarden rechnen können, der als „Ich vergründet“ zu bezeichnen ist. Wenn man nun eine Vergründung von durchschnittlich 4 Prozent annimmt, so sind allein hieraus 4 Milliarden jährliche Einnahmen zu verzeichnen gewesen. Aus diesen die rund 10 Milliarden dem Reichtum nach ausmachen, sollen im Durchschnitt 5 Prozent geflossen sein, so daß also hieraus ab aus dem Reichtum noch eine weitere Einnahme hinzuzurechnen wäre. Man kommt damit auf die jährliche Einnahme aus Kapitalvermögen von 5 Milliarden, also

der selben Summe, wie sie als Jahreszuwachs aus den jahresmäßig sicheren Zugängen der den Einkommen, Sparkassen und Versicherungsunternehmen zu ersehen war.

Man sieht aber einmal über die Art der Kapitalneubildung, die sich übrigens nicht in einem übermäßigen Wachstum von Aktienkapitalen (Willskripten) zeigt, sondern in der ständigen Steigerung des Volkswirtschaftens in dem ersten Schichten, so wird man sich auch darüber klar werden können, wie weit heute noch der Vernichtung des alten Kapitals der Kreditnot aus der eigenen Volkswirtschaft heraus befriedigt werden kann.

Eine für die Befriedigung des Kredits in Frage kommende Kapitalneubildung kann nur aus einem Weg erfolgen, nämlich aus dem Ueberfluß, den die Einzelwirtschaften durch Ersparnisse erzielen. Die sie in Form von Darlehen dem Geldmarkt zur Verfügung stellen. Werden also keine Ersparnisse irgendwo erzielt, die ausgeflossen werden, so ergibt sich auch keine Geldform annehmende Kapitalneubildung. Werden die Einnahmen, wie es jetzt meistens noch geschieht, durchweg zum Ankauf von Waren (darunter vorwiegend Schmuckstücken) oder sonstwie vermandet, so sind die Aussichten für die Behebung der Kreditnot nur gering.

Oh und wann das Sparen wieder Blutzug greift, welcher Ansporn vor allem für die breite Masse wieder zuwendet, das sind Zukunftfragen. Im wesentlichen wird dies davon abhängen, welches Vertrauen man künftig den langfristigen Anlagen entgegenbringt.

Durch die Rentenbank werden der Wirtschaft 1200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Das ist ein Betrag, der ähnlich wie beim Reich auch die Wirtschaft in der Uebergangszeit bis sich die Restkapitalbildung wieder stärker vollzieht, über Wasser halten soll. Doch dieser Fonds nur dort Verwendung finden darf, wo lebenswichtige Betriebe in welchem Gang gehalten werden müssen, ist selbstverständlich.

Ueber diesen Rentenbankkredit hinaus aber, der gegenüber den früheren 5-6 Milliarden jährlichen Kapitalzuwachs verhältnismäßig bescheiden erscheint, muß mit allen Mitteln darauf hingewirkt werden, daß sich die Spartätigkeit wieder belebt, da nur diese der immer neufließende Born ist, aus dem sich das Kapital bildet und der Kreditanspruch befriedigt werden kann und letzten Endes auch nur darf.

## Die „Große Aussprache“ Verhandlung oder Explosion?

Man schreibt uns aus dem Reichstag: Die große politische Aussprache, die am Dienstag beginnt, hat zum Gegenstand zunächst nur den vorläufigen Reichshaushalt für 1924, der in erster und zweiter Beratung auf die Tagesordnung gesetzt ist. Aber jedermann weiß, daß der Kampf um etwas anderes geht, nämlich um die 3. Steuernotverordnung. Darauf haben alle Fraktionen ihre Redner eingestellt, darauf Anträge abgefaßt. Es besteht die Gefahr, daß es darüber zur Explosion kommt. Die Regierung, die sich nur auf die Koalitionsparteien stützt, muß auf der Hut sein. Reichstagsler März will versuchen, schon in seiner einleitenden Rede auf die erregten Nerven zu geben. Er hat auch am letzten Tage der vorigen Woche nach der Polyanalyse vertrauliche Unterredungen mit denjenigen Parteiführern gepflogen, auf die er sich verlassen kann.

Über die Opposition hat ihre Schatzkammer aufgestellt. Die deutschnationale Fraktion hielt ebenso wie das Kabinett nach der letzten Vollziehung einen Kreisrat ab, wozu auch die Mitglieder der Fraktion des preussischen Landtags geladen wurden. Man beschloß, das von dem ermäßigten Kabinett März erwirkte Gebühre durch eine Reihe von Anträgen anzugreifen. Da ist erstens der bekannte Antrag auf Aufhebung der Personalabgaben-Verordnung, zweitens das Verlangen, den militärischen Ausnahmezustand bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags fortzusetzen, drittens ein Antrag auf Befreiung einzelner Volkserwerbungen und endlich die Forderung, die ganze dritte Steuernotverordnung für ungültig zu erklären. Die Deutschnationalen sind also der Ansicht, daß ein Herumdrehen an dem verurteilten Riefengesetz nur Nidwert ist, daß es in kein einzelnen Teile zerlegen und von der Volkvertretung neu geschmiebet werden müsse.

Die Sozialdemokraten sind merkwürdigerweise nicht so radikal. Sie bringen nur verbliebene Abänderungsanträge ein. Wie werden sich nun die beiden Oppositionspol, rechts und links, tatsächlich verhalten? Die deutschnationale Fraktion hat, wie es scheint, bereits die Hoffnung aufgegeben, daß ihre durchgreifende Forderung, die Steuernotverordnung ganz und gar aufzuheben, von der Sozialdemokratie unterstützt wird. Die Deutschnationalen sind bereit, für die sozialdemokratischen Anträge zu stimmen, in der Erwartung, daß dadurch die Reichstagsauslösung befördert wird.

Was ist nun mit dem Wahlertum? Der Reichstagsler hat auch diese Angelegenheit mit den Führern der Koalition besprochen, sich aber nicht festgelegt. Nach der Ansicht derjenigen, die das Wählerertum eines lebendigen Parlaments kennen, werden sich die Parteien darauf einigen, daß der Reichstag erst am Ten vor den Neuwahlen auf-

gelöst werden soll, damit die Herren Volkstretter bis zum letzten Augenblick im glücklichen Genuß ihrer Beglückung mit Freijahreskarten bleiben. Das heißt nichts anderes, als: der arme Reichs-Steuerszahler trägt einen Teil der Wahlkosten, die sonst aus den Parteikassen bestritten werden müßten. Wenn also der neue Reichstag etwa am Sonntag, den 11. Mai gewählt werden sollte, bliebe der alte Reichstag bis zum 10. Mai nachts 12 Uhr in Amt und Würden. Finden die Neuwahlen am 8. April statt, so lebt der alte Reichstag bis zum 5. April einschließlich. Damit wird dieser Reichstag, nachdem er auch die seine Wahlkosten vollständig unter den Tisch haken ließ, sich beim deutschen Volk noch weniger beliebt machen, als er schon ist.

## Neue Nachrichten

### Gerichtsurteil gegen die Steuernotverordnung

Berlin, 26. Febr. Die 21. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin hat in einem Hypothekenaufwertungsstreit den Antrag des Hypothekenschuldners auf Aussetzung des Verfahrens gemäß Paragraph 10 der Verordnung vom 14. Februar 1924 durch Beschluß vom 21. Februar 1924 abgewiesen. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die 3. Steuernotverordnung insoweit rechtswirksam ist, als sie das durch die Reichsgerichtshausordnung vom 28. Nov. 1923 anerkannte Recht auf angemessene Aufwertung beschränkt, weil sie insofern gegen Artikel 133 Absatz 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, der das Eigentum gewährt, verstoße. Das Landgericht I Berlin schließt sich hiermit dem bekannten Beschluß an, den der Verein der Reichsgerichtsräte gefaßt hat, als die Ansicht der Regierung, das Aufwertungsrecht zu beschränken, bekannt wurde. Die Begründung des Urteils steht noch aus. Der Reichsfinanzminister wird sich über die dadurch geklärte Lage des Börsen auslassen.

### Glücksburg zum Stillstand

Berlin, 26. Febr. Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht folgende Erklärung des Generalsekretärs von Glücksburg: „In letzter Zeit sind vielfach Aufforderungen an mich ergangen, es zu verhindern, daß der ungeliebte Prozeß gegen meinen treuen Kriegsgenossen, General Ludendorff, kauft. — Jeder vaterlandsliebende Deutsche wird mit tiefem Schmerz dem Prozeß entgegenstehen, und daher sind mir die an mich gerichteten Wünsche nur zu begründet. Aber bei ruhiger Ueberlegung muß man sich sagen, daß in einem Staatsweien ein Eingriff in die Rechtspflege eine Unmöglichkeit ist. Auch glaube ich nicht, daß mein Gehör in großer und schwerer Zeit bei seinem großen Charakter den Gedanken gefaßt haben würde, ihm eine Ausnahmestellung einzuräumen zu wollen. Halten wir uns daher in diesen trüblichen Tagen an dem Glauben fest, daß eine rein sachliche gerichtliche Klarlegung zeigen wird, daß alle Handlungen meines lieben Kameraden und Gehilfen lediglich auf glückliche und selbstlose Vaterlandsliebe zurückzuführen sind. Eine Ausnahme, die ich in dem Bestreben, beiden Teilen gerecht zu werden, auch keines augenblicklichen Begern nicht vorzuziehen will.“

### Arbeiterstreik

Berlin, 26. Febr. Da die Arbeiter der Berliner Metallindustrie die im Januar festgesetzte fünfjährige Wochenarbeit nicht einhielten, wurde in etwa 50 Betrieben gekündigt. Die Betriebe darunter sind fast sämtlich stillgelegt. In den größeren kann es nur zu Lohnsenkungen kommen.

Bremen, 26. Febr. Die Arbeiter der Bremer Werft haben eine Streikaktion eine Stunde vor der durch Schiedsgericht festgesetzten Zeit verlassen, trotzdem gekündigt. Die Werftarbeiter hatten den Hamburger Schiedsgericht (vormittags Arbeiterstag) in einer Abstimmung am Sonntag mit mehr als Dreiermehrheit abgelehnt.

Hamburg, 26. Febr. Die Lage auf den Werften ist ernst. Die Arbeiter lehnen den Schiedsgericht ab, der die neunstündige Arbeitszeit bei einer Lohnsenkung vorschlägt. Die Arbeitgeber verweigern die Werften nach acht Stunden Arbeit.

In Kiel sind außer der Knappweber auch die Erbsenwerke geschlossen.

In Flensburg sind die Arbeiter ebenfalls gegen den Reinstellungsgesetz.

### Abgeordneter Schlichter

Berlin, 26. Febr. Im Streit der Berliner Maschinenarbeiter lehnen die Arbeitgeber den Schlichter, den Reichsminister abgeordnet hat, als partiell ab. Wiesel ist auch in anderen Ausständen von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Das Reichsministerkommando ließ weitere 5 Betriebsräte der Maschinenarbeiter, insgesamt 10, festnehmen.

### Parteilichkeit

Berlin, 25. Februar. Der Abgeordnete Wilhelm Hofmann und die Abgeordnete Frau Gieseler (Lüdingen) sind aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu kommunistischen Fraktion übergetreten.

Advertisement text on the left margin, including "Wahl in...", "en...", "taschen...", "nen...", "er Ausführung bei...", "aiser...", "oyal...", "Söhne...", "art...", "u Export...", "el...", "art...", "Hofbräu...", "20 Pfg...", "Weine...", "Flaschen...", "darbeiten...", "Bücher...", "Wahl. Nagold.", "halter", "W. Zaiser, Nagold."

**Rohlenlieferung und Kohlensteuer**  
Düsseldorf, 26. Febr. Die französisch-belgische Ingenieurkommission hat den Antrag des Sachverständigenrates des deutschen Bergbauvereins auf Ermäßigung der Kohlenlieferung abgelehnt und die Weiterlieferung von 27 Prozent der vorgeschriebenen Förderung von jeder Tonne vorläufig bis 31. März verlangt. Ebenso soll die Kohlensteuer für die ins unbesetzte Deutschland und ins Ausland verkaufte Kohle weiter bezahlt werden. Die Abgabe für Ein- und Ausfuhrbewilligungen soll demnächst geändert (erhöht?) werden.  
Die Rheinlandkommission hat mit der Resser- und Wertzeugindustrie des besetzten Gebiets ein bis 15. April gültiges „Abkommen“ getroffen.

**200 000 Goldmark Geldstrafe**  
Effen, 26. Febr. Das französische Kriegengericht verurteilte die Direktoren König und Schmitz der Gewerkschaft Bergarbeiter zu je 200 000 Goldmark Geldstrafe, weil sie während des passiven Widerstands die oestlichen Gruben stände nicht ausgeliefert hatten.

**Frankische Ingegend in der Ueberwachung**  
Paris, 26. Febr. Die französische und belgische Regierung lehnen den britischen Erlaßminister Mac Donald darauf einwirken, daß jede weitere Verzögerung in der Entscheidung über die militärische Ueberwachung den Widerstand Deutschlands ernüchtere.

Der britische Botschafter Lord Curzon hat bezüglich der Ueberwachung eine Note in Paris übergeben.

**Ueberrückung in Berlin**  
Berlin, 26. Febr. Die Ueberrückung einer englischen Note in Paris über die militärische Ueberwachung Deutschlands hat in amtlichen Kreisen Berlins überwacht, da die englische Regierung bisher in der Angelegenheit einen ganz anderen Standpunkt eingenommen habe als Paris und Brüssel. (Nach Pariser Blättern soll Mac Donald durch die Rede Stresemanns in Dresden gegen Deutschland „umgestimmt“ worden sein.)

**Der Bericht Elliot wird nicht veröffentlicht**  
London, 26. Febr. Auf eine Anfrage im Unterhaus sprach Mac Donald, der Bericht des Generalkonsuls Elliot über die Zustände in der Pfalz seien dem Unterhaus keinesfalls durch Mac Kenna mitgeteilt worden. Durch die Veröffentlichung könnten die Verhandlungen über alle Pfalzfragen beeinträchtigt werden.

**Mac Donald in Verlegenheit durch die Rede Henderson**  
London, 26. Febr. Im Unterhaus stellte Lord George die Frage, ob die Erklärung des Staatssekretärs des Innern, Henderson, in Barley am Samstag, daß der Vertrag von Versailles in verschiedenen Hauptpunkten abgeändert werden müsse, die Politik der Regierung bestätige, wenn ja, welche Schritte die Regierung hierzu aufnehmen wolle, und ob sie ihre Absicht den Verbündeten mitgeteilt habe. — Mac Donald erwiderte, er habe von der Rede nur durch die Zeitungen Kenntnis erhalten. Die Politik der Regierung, wie er sie in der Erklärung vor dem Unterhaus geäußert habe, habe keine Veränderung erfahren.

**Abg. Mac Kell (unser Baldwin Unterstaatssekretär des Innern, eifriger Franzosenfreund, D. Schr.) fragte** ob Henderson eine eigene Meinung ohne Beratung mit dem Kabinett verkündet habe. — Mac Donald: Ich weiß nicht. Ich werde mich auch nicht feillegen, ob die Erklärung abgegeben worden ist oder nicht. Jedenfalls war es nicht die Erklärung, die vom Kabinett angenommen worden war und für die die Regierung allein verantwortlich ist.

Mac Lean (Arbeiterpartei) richtet an Lord George die Frage, ob er nicht wiederholt sich für die Veränderung des Vertrags ausgesprochen habe. Lord George verneint das.

**Der Sachverständigenausschuß will die Heilung Oesterreichs lernen**

Paris, 26. Febr. Der erste Sachverständigenausschuß (General Doves) wird sich über die Mittel unterrichten, durch die die Wiederherstellung des Finanzwesens in Oesterreich erreicht werden sei. Es sei zwar nicht die Absicht, die Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs gleichzusetzen, aber es sei interessant, die Heilung Oesterreichs in ihren Einzelheiten lernen zu lernen. — Demnach dürfte man sich auch in Deutschland trotz der „junc“ und „aber“ auf eine Beoorundung der deutschen Finanzpolitik wie in Oesterreich gefaßt machen, fast hätte die Abweisung nach Oesterreich, mitten in der Untersuchung der deutschen Verhältnisse, doch wohl keinen Zweck.

**Soll und Haben der Ruhrpolitik**  
Paris, 26. Febr. Die „Humanität“ stellt fest, daß durch die Entwertung des Franken die französische Schuld an Amerika, die in Dollar bezahlt werden muß, um 39 519 Millionen Franken und die Schuld an England um 3 226 Millionen Franken gestiegen ist. Den Ausreißenden von 500 Millionen Franken habe somit auf der anderen Seite eine Schuldvermehrung von 73 Milliarden Franken gegenüber.

**Die Ueberwachungskommission geht um**  
Recherbon, 26. Febr. Der Vorsitzende der Ueberwachungskommission, General Rollet, ist aus Paris nach Berlin zurückgekehrt. Am Montag hat sich die Kommission erneut nach Thüringen begeben, um die Prüfung der Waffen- und Munitionserzeugung fortzusetzen. Von Thüringen begibt sich die Kommission nach Württemberg. (1)

Serbien lehnt die französische Forderung ab  
Mailand, 26. Febr. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Die serbische Regierung hat den im Dezember 1925 abgeschlossenen Vertrag mit Frankreich über einen Bar-

trag von 400 Millionen Franken für Abzahlungszwecke nicht unterzeichnet, nachdem der Ausschuß des Parlaments das Abkommen abgelehnt hatte.

**Italienisch-französischer Aushandel?**  
Paris, 26. Febr. „Deuxie“ berichtet, Mussolini habe in Paris den Vorschlag gemacht, er wolle Frankreichs Politik gegen Deutschland unterstützen, wenn Italien gewisse Zugeständnisse in Tunis erhalte, die den Abfluß des italienischen Bevölkerungszuwachses nach Tunis ermöglichen.

**Arabische Pläne**  
Konstantinopel, 26. Febr. König Hussein von Hedhas ist auf einige Tage nach Senna abgereist, wo gleichzeitig eine arabische Abordnung aus Palästina eintraf. Hussein erklärte, der englisch-arabische Vertrag müsse abgeändert werden. Alle arabischen Länder müssen völlig unabhängig werden. Ohne das gebe es keinen Vertrag. Die arabische Bevölkerung veranlaßte für Hussein eine große Jubilation und verlangte in einer Petition die Errichtung eines unabhängigen Arabien einschließlich Palästina und Syrien. Diefelbe Forderung wurde dem britischen Vertreter, Major Philips, übergeben, der versprach, dem Beschluß der britischen Regierung zu übermitteln.

Der britische Staatssekretär für die Kolonien, Thomas, antwortete auf eine Anfrage über die Pläne der Regierung bezüglich Palästinas, die Regierung habe sich entschlossen, an der Erklärung Balfours vom Jahre 1917 festzuhalten, für das jüdische Volk eine nationale Heimstatt in Palästina zu fördern, vorausgesetzt, daß von den Juden nichts unternommen werde, was die Interessen und die legitimen Rechte anderer Gemeinschaften im Lande beeinträchtigt.

**Cor Präsidentschaftskandidat**  
Neuyork, 26. Febr. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Cor hat seine Kandidatur für die nächsten Präsidentschaftswahlen angemeldet. Cor gilt als ein besonders eifriger Verteidiger des Völkerverbands.

**Abg. Wulle gegen den Rechtsblock**  
Berlin, 26. Febr. Gegenüber dem (auch von uns widergegebenen, D. Schr.) Zeitungsbericht, daß zwischen den Deutschnationalen und den Deutschösterreichischen die Herstellung eines völligen Ordnungsbildes für die Reichstagswahlen einberufen worden sei, erklärt der deutschösterreichische Reichstagsabg. Wulle, daß solche Verhandlungen zwischen der Nationalsozialistischen und der Deutschösterreichischen Freiheitspartei einerseits und der Deutschnationalen Volkspartei andererseits keine Verhandlungen stattgefunden haben; er lehnt die Blockbildung mit den Deutschnationalen ab. Dagegen werden in ähnlich wie in Bayern, mit einem völligen Block in den Wahlkampf einzutreten, sie lehnen den von den vaterländischen Verbänden beim Abg. Weiser angebotenen Rechtsblock ab, der den völkischen Bestrebungen zunderstehe. Das Ziel der Nationalsozialisten und der Deutschösterreichischen sei vielmehr die Volksgemeinschaft im Sinn des völkischen Gedankens.

**Der Hitlerprozeß**  
München, 26. Febr. Die Verhandlung im Hitlerprozeß wurde heute um 10 Uhr im Gebäude der Infanterieschule durch den Vorsitzenden, Landgerichtsrat Reichardt eröffnet. Zum Schluß des Gerichtsgebäudes waren umlaufende politische Slogans getrieben worden. Nach Aufbruch der einzelnen Angeklagten verließ der Vorsitzende der Staatsanwaltschaft München I, Erster Staatsanwalt Dr. Steingel, die Anklagebank.

**Die Anklageschrift**  
Die 40 Seiten umfassende Anklageschrift führt als Angeklagte auf: 1. Adolf Hitler, Schriftsteller; 2. General a. D. Ludendorff; 3. Oberlandesgerichtsrat Fühner; 4. Oberamtmann bei der Münchner Polizeidirektion Reich; 5. Herrg. Dr. Weber; 6. Hauptmann a. D. Böhm; 7. Oberleutnant der Reserve und Stadlerender der Staatswissenschaften Bräuer; 8. Leutnant Wagner; 9. Oberleutnant a. D. und Postbeamter Berner, sämtliche mit Ausnahme von Ludendorff in Untersuchungshaft.

In der Anklageschrift wird einleitend eine längere Schilderung der Vorgänge im Bürgerbräukeller am Abend des 8. Nov. v. J. gegeben, nach der Hitler und seine Begleiter durch ihr Verhalten deutlich erkennen ließen, daß sie entschlossen waren, ihren Willen auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Rahr, Vossow und Seiger seien verhindert worden, miteinander zu sprechen. Argwohn eine zusammengehörige Erklärung habe Hitler in dieser Zeit von keinem der Herren erhalten. Ludendorff, der später verurteilt wurde, gab diesen Herren den Rat, der hitlerische zum Durchbruch zu verhelfen. Von diesem Augenblick an verschwanden die Pistolen und alles wurde auf gütliches Handeln eingestellt. Die Herren v. Rahr, v. Vossow und Seiger haben ihre Zustimmung erklärt, nur zum Schein, um ihre Bewegungsbereitschaft wieder zu gewinnen. Sobald sie konnten, verließen sie den Bürgerbräukeller und trafen umgehend die notwendigen Maßnahmen zur Niederschlagung des Aufstandes.

Der zweite Hauptabschnitt der Anklageschrift befaßt sich mit den Bemühungen Rahr, Vossows und Seigers, den „Kampfbund“ von einer bewaffneten Offensiv gegen Berlin fernzuhalten.

Der dritte Abschnitt befaßt sich mit dem Unternehmen selbst und mit den an ihr beteiligten Verbänden. Daraus geht hervor, daß in ganz Bayern Geheimbefehle zur Mobilisation und zum Marsch nach Berlin ausgegeben wurden. Neu ist, daß Oberleutnant Reichardt im Oktober 1923 mit Erfolg bemüht war, die jüngeren Offizierskader für die völkische Erhebung im Sinn der hitlerischen Ideen zu begeistern. Der Angeklagte Wagner, Leutnant bei der Infanterieschule, stand unter hartem Einfluß des Oberleutnants a. D. Berner, des Stiefsohns Ludendorffs. Er unterrichtete seine Kameraden von den Plänen Ludendorffs und die Infanterieschüler mußten den Einbruch gewinnen, daß der General vollkommen hinter Hitler und Rahr stand. Am 8. 11., abends 8.30 Uhr, gab Leutnant Wagner auf Befehl des Oberleutnants a. D. Berner vor den Offizierskader und den Offizierskader

den Befehl, Ludendorff habe befohlen, daß die Infanterieschule sofort als Stoßtrupp bei dem Marsch nach Berlin unter Führung Rahr's Verwendung finden sollte. Daraus resultierte die Infanterieschule unter Rahr's Führung, mit Hakenkreuzen geschmückt, am 9. Uhr abends zum Bürgerbräukeller. Hitler und seine Begleiter mußten nach am selben Abend der Ueberzeugung sein, daß die Reichswehr den Organisations des Kampfbundes Widerstand entgegensetzte. Im Wehrkreiskommando, das von den Anführern befehligt wurde und wo sich allmählich zusammenfanden: Hitler, Ludendorff, Rahr, Fühner, Kriebel, Dr. Weber und noch einige weitere Führer, erklärte Oberst Leopold im Auftrag des Generals von Vossow, daß sich die Herren Rahr, Vossow und Seiger an ihre Befehle nicht gebunden trachten, weil diese Befehle unter Zwang erfolgt seien, und die 7. Division nicht hinter dem Unternehmen stehe. Trotzdem beschloßen Hitler und Ludendorff, das Unternehmen weiter zu führen. Hitler besonders rief zu durchgreifenden Maßnahmen, er hielt es für notwendig, auf das Ganze zu gehen. Der ganze Stab von Hitler begab sich morgens nach 8 Uhr zum Bürgerbräukeller zurück, nur Hauptmann Böhm blieb zur Verteidigung da.

Die Anklageschrift schildert schließlich noch die Ereignisse bei der Feldherrnhalle, wo bewaffnete Truppen von der Schießwache Gebrauch gemacht wurde. In der Zwischenzeit wurde von den Nationalsozialisten das Gebäude, in dem sich das Wehrkreiskommando befindet, freigegeben und die Waffen gestreut.

Koch Hitler wird als die Seele des ganzen Unternehmens bezeichnet. Bei General Ludendorff sei anzunehmen, daß er schon vorher genau unterrichtet gewesen sei. Koch habe er sich als Führer des neu zu bildenden Reichsoberbefehls betätigt. Von Fühner und Reich behauptet die Anklage, daß sie ebenfalls vorher von den Führern Hitlers unterrichtet waren. Bei Dr. Weber wird keine Rolle als politischer Führer besonders hervorgehoben. Hauptmann a. D. Böhm befehlt das Wehrkreiskommando, Oberleutnant a. D. Bräuer veranlaßt die Mobilisation des nationalsozialistischen Regiments und Leutnant Wagner die Mobilisation der Infanterieschule zugunsten des Unternehmens. Oberleutnant Kriebel war der militärische Führer des Kampfbundes und Oberleutnant a. D. Berner war als Verbindungsoffizier zwischen den einzelnen Verbänden und Befehlshabern vor und während des Unternehmens tätig.

Schließlich stellt die Anklageschrift fest, daß die Beschuldigten, gestützt auf bewaffnete Macht, in bewussten Zusammenwirken es unternommen haben, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewaltsam zu beseitigen, die Verfassung des Deutschen Reichs und Bayerns gewaltsam zu ändern und eine verfassungswidrige Regierungsgewalt in Bayern und im Reich aufzurichten, und daß daher die sämtlichen Angeklagten des Hochverrats zu beschuldigen seien.

**Ausschluß der Öffentlichkeit**  
Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt Staatsanwalt Dr. Steingel den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, da sie eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung herbeiführen könnte. Die Erörterung der Angelegenheit werde Dinge zur Sprache bringen, deren Behandlung in der Öffentlichkeit schwere Gefahren für den Staat, namentlich außenpolitischer Natur, herbeiführen würde. Gegen diesen Antrag erhob Rechtsanwält Dr. Hall im Namen der Verteidigung Einspruch. Auch der Verteidiger Bräuer, Justizrat Koch trat für die Ablehnung des Antrags ein. Die Angeklagten böten persönlich Gewähr dafür, daß sie jederzeit das Gericht darauf aufmerksam machen, wenn sie etwas zu sagen hätten, das das Ansehen des Deutschen Reichs und Bayerns schädigen könnte. Das Gericht sollte hierauf folgenden Spruch: Für die Verhandlungen im Sinne des Antrags des Staatsanwalts wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Zugelassen sind nur die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden.

Nach 12 Uhr wurde die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Ein Beschluß über den Ausschluß der Öffentlichkeit überhaupt wurde vom Vorsitzenden nicht verlesen. Aus der Laube der Pressevertreter und Zuhörer ergibt sich zunächst die Aufrechterhaltung der Öffentlichkeit.

**Weitere Vernehmung der Angeklagten in öffentlicher Verhandlung**

Der Gerichtshof tritt sofort in die Vernehmung der Angeklagten ein. Als erster wurde

Adolf Hitler aufgerufen, der in kurzen Strichen auf die Fragen des Vorsitzenden ein Bild über seinen Lebenslauf im Felde bis zur Uebernahme des Amtes als erster Vorsitzender der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 21. 7. 1921 gab. Der Vorsitzende schlägt dann vor, Hitler zusammenhängend über die Beweggründe der Tat seine Darlegungen machen zu lassen. Um in diesen Auslegungen keine Unterbrechung eintreten zu lassen, wurde die Verhandlung kurz vor 12 Uhr auf 12 Uhr nachmittags verlegt.

Der Vorsitzende hat Hitler nunmehr, in Anbetracht des umfangreichen Fragematerials sich so zu lassen, daß es zuvor erschöpfend, aber nicht zu weitläufig berichte. Hitler mußte belobend.

### Württemberg

Stuttgart, 26. Febr. Schuldenerkennung ist die Rentendank. Auf die keine Anfrage der Abrechnung und Gen. betr. Schuldenerkennung für die Rentendank hat das Finanzministerium geantwortet, daß sich der Reichsfinanzminister damit einverstanden erklärt hat, daß in einfacheren Fällen der Rentenscheider mit der Entgegennahme der Schuldübertragung betraut wird. Die Ausstellung von Schuldübertragungen kommt nur für Industrielle, gewerbliche und Handelsbetriebe in Frage, nicht dagegen für dauernd landwirtschaftlich benutzte Grundstücke.

ep Zum Pfalztag. Die evang. Oberkirchenbehörde spricht in einer Kundgebung zu dem für Württemberg auf 2. März festgesetzten Pfalztag die Teilnahme der Kirche für die unter himmelanwehendem Anrecht lebenden Volksgenossen in der Pfalz wie sonst im besetzten Gebiet aus. Es soll von dem Geistlichen ihrer in Pfalz und Kriegengebiet gebodet und ein Hilfestellung insbesondere für die bedrängten Kirchenangehörigen der Pfalz geboten werden.

**Füttert die hungernden Vögel!**



